

## **51. Plenarsitzung am 19. Juni 2019**

### **Drs. 18/1527: Strukturen der Imam-Qualifizierung an der Uni Osnabrück nachhaltig verankern**

#### **- Abschließende Beratung -**

#### **Rede des Landtagsabgeordneten Burkhard Jasper:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Institut für Islamische Theologie in Osnabrück ist von Christian Wulff mitinitiiert worden. Dieser ist bekanntlich CDU-Mitglied, und er hat heute Geburtstag. Ich möchte ihm deshalb von dieser Stelle aus recht herzlich gratulieren und ihm alles Gute für die Zukunft wünschen.

Der Antrag und die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sollten nun offensichtlich den Eindruck erwecken, dass die aktuelle Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von SPD und Grünen weitere Mittel für das Institut nicht zur Verfügung stellen, eine Imam-Weiterbildung verhindern und keine Modelle zur Imam-Ausbildung entwickeln wollen.

Das stimmt nicht. Das beweist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur.

Frau Viehoff, Sie haben eben wieder gesagt, dass das nur durch diesen Antrag auf den Weg gebracht worden sei, aber genau das stimmt nicht. Das wollte ich jetzt darstellen. Und ich glaube, dass ich das hier machen kann.

Das Institut für Islamische Theologie wird weiterhin 1,4 Millionen Euro erhalten. Dort werden Lehrer für das Fach islamische Religion ausgebildet. Inzwischen gibt es vier Lehramtsanwärterinnen in zwei Studienseminaren. Im nächsten Jahrgang werden es mehr sein. Dieses Fach soll zur Sprechfähigkeit über den eigenen Glauben beitragen. Dies ist eine Voraussetzung für das Erlernen eines respektvollen Umgangs mit Vielfalt. Der Abschluss als Theologe bietet Möglichkeiten der Berufsausübung in Wissenschaft, Wirtschaft, Medien, Politik und sozialen Einrichtungen.

Weiterbildungsangebote können bei entsprechender Nachfrage auch in Zukunft gemacht werden. Allerdings muss festgestellt werden, dass dieses Angebot in der achtjährigen Laufzeit nur von etwa fünf DITIB-Imamen genutzt wurde. Offensichtlich werden bestimmte Personen, für die eine Weiterbildung erforderlich wäre, nicht erreicht.

Übrigens kamen viele Studierende aus Nordrhein- Westfalen. Das beweist, dass dieses Programm auch über die Landesgrenze hinaus bekannt ist und insofern eine weitere Werbung länderweit, wie es im Ursprungsantrag vorgesehen war, nicht erforderlich ist.

Ein Ziel ist es weiterhin, dass in Deutschland ausgebildete Imame in den Moscheegemeinden wirken. Wir brauchen Imame, die in Deutschland sozialisiert sind, weil nur sie die neue Generation erreichen. Jetzt kommen jedoch etwa 80 % der Imame aus dem Ausland, für die unsere Gesellschaft oft fremd ist.

Die Universität bietet mit dem Theologiestudium die Grundlage für eine Imam-Ausbildung. Mit der Einrichtung des Instituts ist somit nur der erste Schritt gemacht worden. Ich begrüße sehr, dass sich

ein Workshop der Deutschen Islam Konferenz an der Leibniz Universität Hannover mit der Imam-Ausbildung beschäftigt.

Bei der Prüfung von Modellen müssen drei Fragen beantwortet werden.

Für die weitere Ausbildung zur seelsorgerischen Arbeit sind die Religionsgemeinschaften verantwortlich. Hier müssen die islamischen Verbände entsprechende Strukturen schaffen. Der Staat kann hier eine Hilfestellung anbieten.

Die jungen Imame wollen eine finanzielle Sicherheit. Dazu hat Minister Björn Thümler den Vorschlag unterbreitet, die Imame auch als Religionslehrer einzusetzen. Dafür müssen natürlich dann auch pädagogische Fähigkeiten vorhanden sein. Eine Qualitätssicherung muss erfolgen.

Schließlich müssen die Moscheegemeinden in Deutschland ausgebildete Imame akzeptieren. Die Auswahl der Geistlichen unterliegt nach unserer Verfassung dem Selbstverwaltungsrecht der Religionsgemeinschaften.

Das Institut für Islamische Theologie ist ein deutliches Zeichen für die Religionsfreiheit in Deutschland. Es soll propagandistischen Aktivitäten salafistischer Prediger entgegenwirken und die Integration in unsere Gesellschaft fördern. Dabei sind wir in Niedersachsen auf einem guten Weg.

Es gibt aber auch Ängste in der Bevölkerung. Die sollten wir nicht einfach wegre-den. Dies zeigt eine aktuelle Studie, nach der 13 % der Menschen in unserem Bundesland meinen, der Anteil der Muslime in der niedersächsischen Bevölkerung liege bei 20 bis 30 %. 12 % gehen von 15 bis 20 % aus. 14 % schätzen, dass 10 bis 15 % Moslems seien. Der Anteil liegt aber nur bei etwa 3 %.

Im Landtag sollten Anträge und Anfragen so gestellt werden, dass sich der falsche Eindruck nicht verfestigt, sondern ein Beitrag dazu geleistet wird, dass sich die Einheimischen auf wachsende Vielfalt einlassen.

Die Einheimischen können von den Zuwanderern keine kulturelle Assimilation, die Aufgabe der eigenen Kultur verlangen. Zugleich ist von den Einwanderern zu erwarten, dass sie die alltagskulturelle und geschichtlich-kulturelle Prägung des Landes akzeptieren, in dem sie heimisch werden wollen. Das islamische Institut soll diesen Prozess unterstützen. Deshalb werden wir es auch weiter fördern.

Danke schön.